Stellungnahme der SPD Sachsen

1. Die Untertitelungsquote beim MDR liegt momentan bei 10,3%. Unter den regionalen Öffentlich-Rechtlichen Sendern belegt MDR den letzten Platz! Wie kann sich Ihre Partei für eine Verbesserung dieser Situation einsetzen?
2. Ist Ihre Partei in der Lage bis Ende 2013 eine 100%ige Untertitelungsquote beim MDR, so wie es beispielsweise bei BBC der Fall ist, zu erreichen?

Für die SPD ist die Barrierefreiheit ein wichtiges Ziel. Um die gesellschaftliche Teilhabe von Hör- und Sehgeschädigten zu gewährleisten, sind auch Rundfunkanstalten gefordert, entsprechende barrierefreie Programmangebote anzubieten. Dies ist insbesondere eine Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Wir haben daher im 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag auf die Aufnahme einer Regelung gedrungen, nach der die Rundfunkanstalten aufgefordert werden, ihre Programme durch barrierefreie Angebote zu erweitern. Damit ist auch der Mitteldeutsche Rundfunk gefordert, über sein bereits bestehendes Engagement hinaus im Rahmen der technischen und finanziellen Möglichkeiten barrierefreie Angebote vermehrt aufzunehmen. Wir werden uns weiterhin für eine Verbesserung und Erweiterung der barrierefreien Programmangebote einsetzen und dies sowohl bei parlamentarischen Gesprächen mit der Intendanz des MDR als auch über den Vertreter der SPD im Rundfunkrat des MDR thematisieren.

3. Die Arbeitslosenquote Gehörloser ist überdurchschnittlich hoch. Was kann Ihre Partei tun, um diese hohe Zahl zu senken?

Die Integration in Beruf und Erwerbstätigkeit ist grundlegend für eine gelungene Integration von Menschen mit Behinderung. Hierbei gilt es nach wie vor Vorurteile abzubauen und insbesondere auch die Arbeitgeber gezielt über Beschäftigungs-, Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten zu informieren.

Im Bereich der beruflichen Integration sind die Arbeitsmarktprogramme des Bundes wie "Initiative job" und "Job4000", das Persönliche Budget als Rechtsanspruch und das neue Instrument

Unterstützte Beschäftigung besonders wichtig.

Die SPD hatte deshalb eine Informationskampagne für Arbeitgeber ins Zentrum ihrer Bemühungen gestellt. Auch Maßnahmen wie die Ausgleichsabgabe müssen im Hinblick auf ihre Wirkung und eventuelle Weiterentwicklung auf den Prüfstand. Der öffentliche Dienst muss sowohl bei der Ausbildung von Jugendlichen mit Behinderung als auch bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen eine Vorbildstellung einnehmen.

Die Ziele der SPD im Bereich der Behindertenpolitik der Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit gelten natürlich auch für diesen Bereich. Deshalb unterstützen wir Beratungs- und Servicestellen und unterstützen die Einbeziehung der Betroffenen in allen Bereichen - auch bei der Eingliederungshilfe.

Die für eine sinnvolle Umsetzung der Fördermaßnahmen notwendigen Ressourcen sind selbstverständlich bereit zu stellen, damit diese Maßnahmen auch die gewünschten Wirkungen entfalten können. Hindernisse wie lange Bearbeitungszeiten sind dabei nicht hinnehmbar.

Wir werden uns in der kommenden Legislatur daher energisch dafür einsetzen, dass Arbeitsplätze auch für schwer behinderte Menschen geschaffen werden. Wir setzen uns für ein Umdenken ein, um eine Teilhabe behinderter Menschen besser zu ermöglichen.

4. **Eine Ursache für die hohe Arbeitslosenquote sind die mangelnden Angebote für den zweiten Bildungsweg für Gehörlose. Begründet ist dies durch die Kommunikationsbarriere. Was kann Ihre Partei für eine positive Änderung leisten?**

Wir setzen uns seit langem dafür ein, dass für Menschen mit einer Hörbehinderung ein barrierefreier Zugang für ein lebenslanges Lernen gewährleistet wird. Dies erfordert weitreichende Maßnahmen, damit Menschen mit Behinderungen nicht benachteiligt, ausgegrenzt oder nur scheinbar integriert werden, sondern dass die Gesellschaft in der Lage ist, alles bereitzustellen, damit gehörlose, schwerhörige und ertaubte Menschen ohne besondere Erschwernis die Bildungsangebote (im Bereich der Weiterbildung, des zweiten Bildungsweges oder aber der Erwachsenenbildung) nutzen können.
In Sachsen setzen wir bisher vor allem auf die sächsischen Berufsbildungswerke. Hier werden

junge Menschen mit Einschränkungen arbeitsmarktgerecht in vielen staatlich anerkannten, kammergeprüften Ausbildungsberufen ausgebildet. Die Auszubildenden erhalten eine individuelle Förderung, um sie bestmöglich ins Berufsleben zu integrieren. Hier gilt es das Angebot auszuweiten und noch spezieller auf die verschiedenen Formen von Behinderung zuzuschneiden, damit jedem eine qualitativ gute Ausbildung ermöglicht wird. Jeder Mensch hat das Recht auf Ausbildung – an diesem Ziel halten wir fest.
Zukunftsfähige Ausbildungsplätze sind wichtige „Investitionen in Köpfe". Das liegt im Interesse der Arbeitnehmer und der Unternehmen gleichermaßen. Dabei muss jeder die Chance auf eine Ausbildung bekommen, auch diejenigen mit schlechteren Startbedingungen, wie etwa Altbewerber oder Menschen mit Behinderung. Die Erfolge unserer Regierungsarbeit können sich sehen lassen: Wir haben die Lücke zwischen Ausbildungsplatzbewerbern und dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen geschlossen. Da durch die sinkenden Schülerzahlen mehr Ausbildungsplätze im dualen Bereich zur Verfügung stehen, werden wir als SPD uns dafür einsetzen, dass gerade bei den außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen viel mehr spezielle Angebote für „Benachteiligte" geschaffen werden. Denn jeder Mensch, der eine Lehrstelle oder Weiterbildung sucht, soll in Sachsen seine berufliche Perspektive bekommen.

5. **Wie kann Ihre Partei die Integration hörgeschädigter Schüler in Regelschulen fördern, z.B. durch Einsatz von Dolmetschern oder Lehrern mit Gebärdensprachkompetenz?**

6. **Viele gehörlose Schüler sind die einzigen Kinder mit dieser Kommunikationsbehinderung in ihrer Integrationsklasse. Dadurch entsteht eine hohe psychische Belastung für sie. Setzt sich Ihre Partei für eine Zusammenlegung der einzelnen gehörlosen Schüler einer Region ein?**

Die SPD verfolgt ein Konzept, welches zu einer tatsächlich inklusiven Schule führt und auf diesem Weg die vielen Besonderheiten der einzelnen Förderbedarfe berücksichtigt. Im Kern geht es uns darum, die Förderschulen als selbständige Schulen aufzulösen und zunächst in Form von Fördergruppen oder -klassen an Regelschulen anzugliedern, natürlich unter Mitnahme des entsprechenden Personals. Dabei sollen die Schüler mit besonderem Förderbedarf auch die Ressourcen in die einzelnen Schulen lenken. Wir versprechen uns davon eine stärkere Integration der jetzigen Förderschüler in den Schulalltag, eine wohnortnähere Beschulung, flexible und unbürokratische Wege in die Integration und die Schaffung von vielen förderpädagogischen

Kompetenzzentren in den Regionen. Wir legen Ihnen ein Papier bei, denen Sie allgemein unser Konzept entnehmen können.
Speziell allerdings gilt es bei Sinnesbehinderungen zu beachten, dass die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist. Insbesondere muss an Schulen, welche sich über die Angliederung einer Fördergruppe oder -klasse zu Integrationsschulen zum Beispiel für den Förderschwerpunkt Hören entwickeln, mittelfristig gesichert sein, dass die Lehrer und perspektivisch auch (einige) Schüler kommunikationsfähig sind bzw. werden. Wir wollen deshalb auch keine Integration um jeden Preis. Im speziellen heißt dies, dass für die Integration eines gehörlosen Kindes auch die Kommunikation mit anderen gesichert sein muss, nicht nur über einen speziellen Dolmetscher. Für die Lehrkräfte solcher Schulen muss das Erlernen der Gebärdensprache zur Pflicht werden. Schüler müssen die Möglichkeit erhalten, diese zu erlernen. Wir gehen davon aus, dass damit zunächst Integrationsgruppen mit dem Förderschwerpunkt Hören die Regel sein werden, werden aber bemüht sein, ein dichtes Netz solcher Schulen vorzuhalten. Im Einzelfall muss natürlich auch immer konkret entschieden und abgewogen werden. Was wir, jedenfalls als Dauerlösung für einzelne Betroffene, nicht wollen, sind reine Förderschulen. Diese verschieben viele Probleme in die Zukunft der betroffenen jungen Menschen und deren Familien, wo dann die Schule keine Unterstützung mehr geben kann. Außerdem brauchen wir an allen Schulen den Kontakt und normalen Umgang mit förderbedürftigen jungen Menschen, damit von vornherein Barrieren gar nicht erst aufgebaut werden.

7. Wie stark setzt sich ihre Partei für barrierefreie Zugänge für Gehörlose bzgl. Informations- und Kulturangeboten ein?

Barrierefreie Zugänge zu Informations- und Kulturangeboten gehören für die SPD zur Sicherung der Teilhabe und zur Integration in Gesellschaft dazu. Sie sind eine unverzichtbare Voraussetzung zur Erfüllung dieses Anspruches. Das Thema insgesamt muss mehr in die öffentliche Diskussion gebracht werden, damit auch ein Umsteuern gleich bei der Entwicklung von Angeboten erfolgt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch bei Investitionen und anderen Förderungen in diesem Bereich entsprechende Ansätze und Lösungen gefunden werden.